

Stand: 13.02.2026 02:04:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6922

"Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ProtectEU - eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit COM(3035) 148 final BR-Drs. 188/25"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 19/6922 vom 03.06.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8287 des KI vom 07.10.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8474 vom 16.10.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ProtectEU - eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(2025) 148 final

BR-Drs. 188/25

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 28. Sitzung am 3. Juni 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die im April 2025 von der Europäischen Kommission vorgestellte „[ProtectEU“-Strategie](#) zielt darauf ab, die innere Sicherheit der Europäischen Union angesichts einer veränderten Bedrohungslage umfassend zu stärken. Die Initiative wurde vor dem Hintergrund einer sich wandelnden geopolitischen Weltlage entwickelt, in der hybride Bedrohungen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Cyberangriffe zunehmen.

Die Hauptziele der Strategie sind:

- Verbesserung der Fähigkeit der EU, auf neue Sicherheitsbedrohungen zu reagieren
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen
- Effektivere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus
- Besserer Schutz kritischer Infrastrukturen
- Förderung einer neuen europäischen Sicherheitskultur



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 19/6922

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ProtectEU - eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(3035) 148 final
BR-Drs. 188/25

I. Beschlussempfehlung:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der Maßgabe, bei der Umsetzung auf die Ausbringung entsprechender Fördermittel zu achten, Bürokratie auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken sowie den Subsidiaritätsgrundsatz zu achten.

Die Initiative der Europäischen Kommission wird grundsätzlich begrüßt.

Die Strategie zielt darauf ab, die innere Sicherheit der Europäischen Union ange-sichts einer veränderten Bedrohungslage durch

- Verbesserung der Fähigkeit der EU, auf neue Sicherheitsbedrohungen zu reagieren
- Stärkung von Strafverfolgungsbehörden und EU-Agenturen
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen
- Effektivere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus
- Besseren Schutz kritischer Infrastrukturen
- Förderung einer neuen europäischen Sicherheitskultur

umfassend zu stärken. Dieses Ziel wird vor dem Hintergrund einer sich wandelnden geopolitischen Weltlage und deren Auswirken auf die Innere Sicherheit der EU und damit auch Bayerns geteilt.

Die Strategie soll in den kommenden Jahren durch die Verschärfung rechtlicher Instrumentarien, einen verbesserten Informationsaustausch und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Die der Strategie zugrundeliegenden Umsetzungsgrundsätze

- gesamtgesellschaftlicher Ansatz
- ganzheitliche Umsetzung in Recht, Strategien und Programmen sowie
- Notwendigkeit erheblicher Investitionen

sind richtig und geboten. Für die Umsetzung von „ProtectEU“ werden auch auf nationaler und regionaler Ebene erhebliche Ressourcen finanzieller und personeller Art notwendig sein.

Es wird als von größter Bedeutung erachtet, über geeignete Instrumente umfassend und zielgerichtet Fördermittel zur Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen von „ProtectEU“ Verfügung zu stellen. Bei der Ausgestaltung sollten auch Aufwand und Zugang hierzu eine wichtige Rolle spielen - allen Bedarfsträgern muss ein effizientes, schlankes und bürokratiearmes Arbeiten mit den EU-Investitions- und Förderhilfen möglich sein.

Grundsätzlich wird es für essentiell erachtet, im Zusammenhang mit der Strategie entstehende Bürokratie auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken.

Strafverfolgungsbehörden müssen trotz verwaltungstechnischer Erfordernisse in der Lage bleiben, ihre Ressourcen vorrangig für die schnelle und zielgerichtete Bekämpfung von Kriminalität einzusetzen.

Die Umsetzung der grob umrissenen Maßnahmen erfordert konkrete Vorschläge der EU-Kommission, die in den zuständigen Gremien verhandelt werden müssen.

Der Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes bei der Umsetzung der Strategie sollte besondere Beachtung zukommen.

Die Ausgestaltung der Strategie bedarf im Detail der weiteren fachlichen Befas- sung, sobald konkrete (Legislativ-)Vorschläge zur Umsetzung vorliegen. Eine ge- sonderte Prüfung der Maßnahmen zur Umsetzung von ProtectEU im Einzelnen bleibt vorbehalten.

Berichterstatter:

Alfred Grob

Mitberichterstatter:

Richard Graupner

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.

2. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat das EU-Vorhaben in seiner 30. Sitzung am 25. Juni 2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat das EU-Vorhaben in seiner 32. Sitzung am 16. Juli 2025 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Zustimmung

zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2025 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

SPD: Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission,

das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.“.

Roland Weigert
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: ProtectEU – eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit COM(2035) 148 final

BR-Drs. 188/25

Drs. 19/6922, 19/8287

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der Maßgabe,
bei der Umsetzung auf die Ausbringung entsprechender Fördermittel zu achten, Büro-
kratie auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken sowie den Subsidiaritäts-
grundsatz zu achten.

Die Initiative der Europäischen Kommission wird grundsätzlich begrüßt.

Die Strategie zielt darauf ab, die Innere Sicherheit der Europäischen Union angesichts
einer veränderten Bedrohungslage durch

- Verbesserung der Fähigkeit der EU, auf neue Sicherheitsbedrohungen zu reagieren,
- Stärkung von Strafverfolgungsbehörden und EU-Agenturen,
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen,
- effektivere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus,
- besseren Schutz kritischer Infrastrukturen,
- Förderung einer neuen europäischen Sicherheitskultur

umfassend zu stärken. Dieses Ziel wird vor dem Hintergrund einer sich wandelnden
geopolitischen Weltlage und deren Auswirken auf die Innere Sicherheit der EU und da-
mit auch Bayerns geteilt.

Die Strategie soll in den kommenden Jahren durch die Verschärfung rechtlicher Instru-
mentarien, einen verbesserten Informationsaustausch und eine stärkere Zusammenar-
beit zwischen den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Die der Strategie zugrundeliegenden Umsetzungsgrundsätze

- gesamtgesellschaftlicher Ansatz,
- ganzheitliche Umsetzung in Recht, Strategien und Programmen,
- Notwendigkeit erheblicher Investitionen

sind richtig und geboten. Für die Umsetzung von „ProtectEU“ werden auch auf nationaler und regionaler Ebene erhebliche Ressourcen finanzieller und personeller Art notwendig sein.

Es wird als von größter Bedeutung erachtet, über geeignete Instrumente umfassend und zielgerichtet Fördermittel zur Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen von „Protect-EU“ zur Verfügung zu stellen. Bei der Ausgestaltung sollten auch Aufwand und Zugang hierzu eine wichtige Rolle spielen – allen Bedarfsträgern muss ein effizientes, schlankes und bürokratiearmes Arbeiten mit den EU-Investitions- und Förderhilfen möglich sein.

Grundsätzlich wird es für essenziell erachtet, im Zusammenhang mit der Strategie entstehende Bürokratie auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken. Strafverfolgungsbehörden müssen trotz verwaltungstechnischer Erfordernisse in der Lage bleiben, ihre Ressourcen vorrangig für die schnelle und zielgerichtete Bekämpfung von Kriminalität einzusetzen.

Die Umsetzung der grob umrissenen Maßnahmen erfordert konkrete Vorschläge der EU-Kommission, die in den zuständigen Gremien verhandelt werden müssen.

Der Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes bei der Umsetzung der Strategie sollte besondere Beachtung zukommen.

Die Ausgestaltung der Strategie bedarf im Detail der weiteren fachlichen Befassung, sobald konkrete (Legislativ-)Vorschläge zur Umsetzung vorliegen. Eine gesonderte Prüfung der Maßnahmen zur Umsetzung von ProtectEU im Einzelnen bleibt vorbehalten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juli 2025
(Vf. 10-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Verordnung über das Verbot der Prostitution in der in der
Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2011-2-6-I) veröffentlichten
bereinigten Fassung, die zuletzt durch § 1 Nr. 2 der Verordnung vom
28. November 2012 (GVBl. S.656) geändert worden ist,
2. der Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über das Verbot
der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in
München vom 4. Dezember 2003 (RABl OB S. 198), die zuletzt
durch Verordnung vom 27. September 2017 (RABl OB S. 137)
geändert worden ist
PII-3001-2-32
Drs. 19/8397 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
II. Die Klage ist unzulässig und unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. August 2025 (Vf. 11-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 3 der Satzung über die Benützung der öffentlichen Grünanlagen in Kempten (Allgäu) (Grünanlagensatzung) vom 11. Juli 2024 (StABl KE XX/24)
PII-3001-2-35
Drs. 19/8394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. August 2025 (Vf. 12-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nr. 6.2.2 – Windenergie – (Z) Satz 2 der Anlage (zu § 1) der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550, BayRS 230-1-5-W), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Mai 2023 (GVBl. S. 213) geändert worden ist
PII-3001-2-36
Drs. 19/8393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. September 2025
(Vf. 13-VIII-25) betreffend Meinungsverschiedenheit
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
4. BayernSPD-Landtagsfraktion
vom 26. August 2025 über die Frage, ob Art. 4 a Abs. 1 Sätze 1 bis 3, 5 und 7
sowie Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der
Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996
(GVBI. S. 82, BayRS 1100-1-1), das zuletzt durch die §§ 1 und 2
des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBI S. 78) geändert worden ist,
die Bayerische Verfassung verletzen
PII-3001-4-3
Drs. 19/8392 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



Europaangelegenheiten

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
ProtectEU – eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(2035) 148 final
BR-Drs. 188/25
Drs. 19/6922, 19/8287 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der auf Drs. 19/8287 veröffentlichten Maßgabe.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie
COM(2025) 95 final
BR-Drs. 129/25
Drs. 19/7600, 19/8452

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Wasserresilienzstrategie
(COM)2025 280 final
BR-Drs. 261/25
Drs. 19/7601, 19/8437

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/8437 veröffentlichten Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	A	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 - 2034
COM(2025) 570 final
BR-Drs. 333/25
Drs. 19/8281, 19/8456

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren die auf Drs. 19/8456 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
EU Civil Society Strategy
13.06.2025 - 05.09.2025
Drs. 19/7602, 19/8454

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/8454 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



ohne



Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz, Verkehr
Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-Kennzeichnung und zur Überarbeitung der CO2-Standards für PKW und leichte Nutzfahrzeuge
07.07.2025 - 29.09.2025
Drs. 19/7603, 19/8453

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, die auf Drs. 19/8453 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



ohne

ENTH



Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

11. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung von Standardeinheitskosten bei Investitionsprogrammen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Drs. 19/6493, 19/8276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern
Drs. 19/6692, 19/8277 (E)

Nach § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wasser als kostbares Gut besser schützen – Bericht über die Einrichtung von Gewässerrandstreifen in Bayern
Drs. 19/6814, 19/8278 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
GAP-Zahlungen ausschließlich für aktive Landwirte – nicht für öffentliche Einrichtungen oder Gewerbebetriebe
Drs. 19/7185, 19/8279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen
Drs. 19/7278, 19/8256 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit in bayerischen Unternehmen
Drs. 19/7357, 19/8259 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe stärken –
KulturPass für Jugendliche verlängern und ausbauen
Drs. 19/7361, 19/8283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Ablehnung und Neubewertung der Projekte SuedLink und SuedOstLink – Für eine bürger- und landschaftsverträgliche Energieversorgung in Bayern
Drs. 19/7379, 19/8260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Sicherheit durch Information: Für eine Informationsbroschüre als ersten Schritt zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz
Drs. 19/7426, 19/8255 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Konzertsaal München: Stand der Dinge
Drs. 19/7439, 19/8261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinernachwuchs sichern, Medizinstipendien auch für Medizinstudierende im EU-Ausland
Drs. 19/7440, 19/8257 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander Flierl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energieeffizienzgesetz grundlegend reformieren
Drs. 19/7460, 19/8262 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassende Pflegereform durch starke Beteiligung entscheidender Akteurinnen und Akteure sicherstellen!
Drs. 19/7464, 19/8258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern
Drs. 19/7509, 19/8280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.